

Senatorin Stahmann: Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die technische Hilfe der Induktionsschleife für Hörgeräteträger und Cochlear-Implantierte wird als mobile Anlage vom Integrationsfachdienst Bremen, Fachbereich für hörgeschädigte Menschen, verliehen oder vermietet, verbunden damit ist in der Regel auch der Auf- und Abbau der Anlage. Alle Anfragen konnten bedient werden, das Angebot ist bedarfsdeckend. Induktionsschleifen sind aber auch fest installiert, so in öffentlichen Einrichtungen wie dem Rathaus, im Haus der Bürgerschaft, den Gerichtssälen der Fachgerichtsbarkeit, in kulturellen Einrichtungen wie der Glocke. Auch in verschiedenen Kirchen sind Induktionsschleifen vorhanden. Weitere Auskunft hierüber gibt der „Stadtführer barrierefreies Bremen - Informationen für Alle“.

Zu Frage 2: Anlässlich des 32. Deutschen Evangelischen Kirchentages in Bremen im Mai 2009 war aufgrund des vorliegenden Senatsbeschlusses der „Stadtführer barrierefreies Bremen - Informationen für Alle“ erschienen. Der Stadtführer gibt allen Menschen mit Mobilitätsbeeinträchtigungen einen Überblick darüber, welche Orte gut besucht und genutzt werden können. Hörgerät- und Implantatträger können im Stadtführer Informationen für ihre gesellschaftliche Teilhabe erhalten.

Zu Frage 3: Der Senat hat beschlossen, den Stadtführer auf der vorliegenden qualitativen Grundlage weiterzuentwickeln. Es sollen zusätzliche Einrichtungen im Bereich Tourismus, Freizeit, Gastronomie, öffentliche Gebäude, Gesundheitswesen, Bildung und Sport aufgenommen werden, um ein breites Angebot an Informationsmöglichkeiten für Menschen mit Mobilitätsbeeinträchtigungen aufzubauen. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Frau Kollegin Grönert, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Grönert** (CDU): Ich habe eben gehört, dass Sie gesagt haben, das Angebot sei bedarfsdeckend. Worauf bezog sich das genau?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Stahmann: Dass wir alle Anfragen nach den Induktionsschleifen oder nach einer Unterstützung für hörgeschädigte Menschen durch die Anlagen, die ich eben beschrieben habe, befriedigen konnten! Immer wenn Anfra-

gen kamen, konnte sozusagen auch dem Hörverständnis geholfen werden.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die sechste Anfrage der Fragestunde befasst sich mit dem Thema „**Psychiatrische Tagesklinik für Erwachsene für den Sektor Mitte**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Dr. Kappert-Gonthier, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Frau Dr. Kappert-Gonthier!

Abg. Frau **Dr. Kappert-Gonthier** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie bewertet der Senat die Forderung vieler Fachleute und Betroffener, die Tagesklinik für Erwachsenenpsychiatrie für den Sektor Mitte vom Klinikgelände in Bremen-Ost auch räumlich in den zuständigen Sektor Mitte zu verlegen, so wie die übrigen Tageskliniken in Bremen ebenfalls in ihrem Sektor angesiedelt sind?

Zweitens: Welche Kenntnisse hat der Senat bezüglich der Planungen, die Tagesklinik für Erwachsenenpsychiatrie für den Sektor Bremen-Mitte zu verlegen?

Drittens: Wie bewertet der Senat die bisherige Suche nach einem geeigneten Standort?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Jürgens-Pieper.

Senatorin Jürgens-Pieper: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Im Rahmen der Regionalisierung der stationären Psychiatrie in der Stadtgemeinde Bremen wurden die tagesklinischen Angebote für die Regionen Nord, West und Süd aus dem Klinikum Bremen-Ost ausgelagert und in der jeweiligen Region verortet. Dies fehlt bislang für die Region Bremen-Mitte. Der Senat teilt die Haltung, dass auch für diese Region vor Ort eine Tagesklinik für psychisch kranke Bürgerinnen und Bürger vorhanden sein sollte. Im Psychiatrieplan 2010 des Landes Bremen heißt es dazu, dass im Sinne einer gemeindenahen psychiatrischen Versorgung auch die teilstationären Behandlungsangebote in sämtlichen Regionen zur Verfügung stehen sollten und insofern auch die psychiatrische Tagesklinik für Patientinnen und Patien-

ten aus der Region Mitte im Klinikum Mitte räumlich zu verankern ist.

Zu Frage 2: Die räumliche Verlagerung der Tagesklinik für Erwachsenenpsychiatrie für die Region Bremen-Mitte aus dem Klinikum Bremen-Ost in die Region Bremen-Mitte wird im Zuge der Planung des Teilersatzneubaus am Klinikum Bremen-Mitte durch die Gesundheit Nord geprüft.

Zu Frage 3: Der Standort am Klinikum Bremen-Mitte wird grundsätzlich für die Psychiatrische Tagesklinik Mitte als geeignet erachtet. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Frau Kollegin, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Kappert-Gonther** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, werden auch noch andere Standorte geprüft? Wir wissen ja, dass die anderen Tageskliniken gemeinsam mit den Ambulanzen in den Stadtteilen und ganz bewusst außerhalb der Klinikgelände angesiedelt sind? Gibt es da auch Überlegungen für die Tagesklinik Mitte?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Jürgens-Pieper: Es hat Überlegungen gegeben. Wahrscheinlich spielen Sie darauf an, das in der Umgebung zu suchen. Ich habe ein bisschen in die Vergangenheit gesehen, es hat offensichtlich viele Einsprüche gegeben. Man hat ja die Gebäude des Gesundheitsamtes geprüft, die Anwohner dort hatten große Sorge. Insofern, denke ich, ist diese sehr verdichtete Umgebung wahrscheinlich der richtige Standort für das Klinikum. Ich will aber nicht verhehlen, dass wir, wenn jemand eine bessere Idee hat, welches Gebäude irgendwo noch infrage kommt, das weiter prüfen können. Wir halten es bisher für richtig, das mit dem Klinikum in Verbindung zu bringen.

Präsident Weber: Frau Dr. Kappert-Gonther, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Kappert-Gonther** (Bündnis 90/Die Grünen): Können Sie etwas über den Zeitpunkt sagen, wann die Prüfung wahrscheinlich abgeschlossen sein wird?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Jürgens-Pieper: Wir werden im Verlauf des Baus mit diskutieren müssen, an welcher Stelle dann überhaupt Platz entsteht, das heißt, die Prüfung wird wahrscheinlich

schneller abgeschlossen sein als die Fertigstellung des Teilersatzneubaus.

(Abg. Frau Dr. Kappert-Gonther [Bündnis 90/Die Grünen]: Das kann ja dauern!)

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die siebte Anfrage trägt den Titel „**Schwarzfahrer**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Piontkowski, Strohmann, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Frau Kollegin Piontkowski!

Abg. Frau **Piontkowski** (CDU): Wir fragen den Senat:

Trifft es zu, dass aktuell in Bremen im Rahmen eines Modellprojekts Schwarzfahrern vergünstigte Monatsfahrtscheine der BSAG zum Preis von fünf Euro angeboten werden?

Wie viele Personen werden durch dieses Projekt begünstigt, und wie wird die Differenz zum regulären Fahrpreis finanziert?

Welche Gründe hat der Senat für diese Entscheidung, und wie bewertet der Senat dieses Modellprojekt?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Professor Stauch.

Staatsrat Professor Stauch: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Seit dem 1. Februar 2012 wird bei den Sozialen Diensten der Justiz im Land Bremen als Modellversuch das Projekt „Eindämmung der Ersatzfreiheitsstrafe wegen Beförderungerschleichung durch ein Stadtticket extra“ durchgeführt. Auf der Grundlage einer Vereinbarung zwischen der BSAG und dem Senator für Justiz und Verfassung können bis zu 20 Projektteilnehmer, sogenannte besondere Härtefälle, ein Stadtticket extra zum Preis von 25 Euro erwerben. Die Teilnehmer leisten einen Beitrag von fünf Euro und die Sozialen Dienste der Justiz einen solchen in Höhe von 20 Euro an die BSAG.

Zur Aufnahme in das Projekt müssen bei den Teilnehmern auf Grundlage einer Einschätzung der Sozialen Dienste der Justiz beziehungsweise der Justizvollzugsanstalt Bremen mehrfache schwerwiegende Belastungen wie